

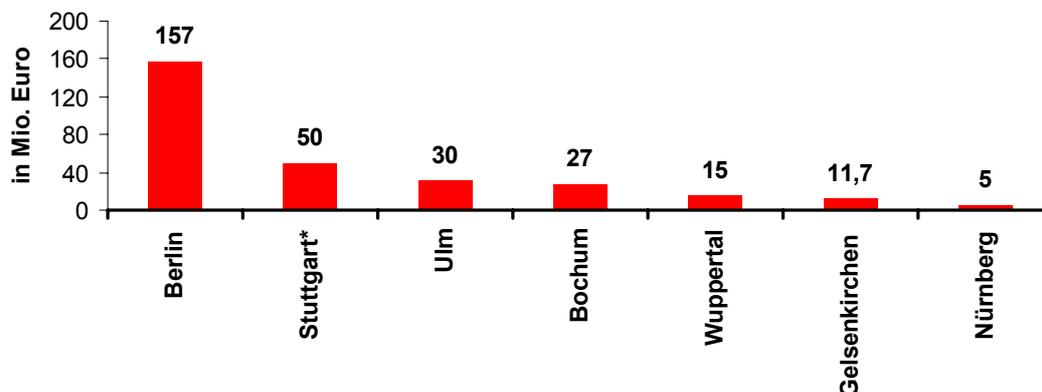
## Als ob die Millionen vom Himmel fallen

Das Geschäft mit den amerikanischen Investoren schien so einfach und lukrativ zu sein. Doch nun treiben die täglichen Hiobsbotschaften der Finanzkrise den deutschen Stadtkämmerern Schweißperlen auf die Stirn. Grund ist das so genannte Cross-Border-Leasing (CBL). Die grenzüberschreitenden Leihgeschäfte hatten vor 10 Jahren bei Kommunalpolitikern Hochkonjunktur, um ihre chronisch klammen Stadtkassen zu füllen. 250 Kommunen und Städte sollen bei diesem Finanz-Roulette mitgespielt haben. Schätzungen gehen von rund 100 Mrd. Euro Volumen aus.

Bei diesen CBL-Geschäften wurde städtisches Eigentum wie z. B. U-Bahnen, Kläranlagen oder Messehallen an amerikanische Investoren verkauft und sofort für bis zu 99 Jahre zurückgemietet. Die Investoren konnten den Kauf steuerlich absetzen und gaben einen Teil des Steuervorteils als Dankeschön an die deutschen Kommunen weiter, immerhin 4 – 5 % der Kaufsumme – sofort verfügbar und scheinbar ohne jedes Risiko. Ein Großteil des Kaufpreises wurde bei Banken angelegt, die davon die laufende Miete zahlten. Der Rest ging an einen Versicherer, vorwiegend an den strauchelnden Versicherer AIG, der das Geld für den Rückkauf nach Ende der Laufzeit erwirtschaften sollte.

Die Kehrseite der Medaille: Leidet die Bonität des Versicherers, wie im letzten Herbst bei AIG geschehen, müssen die deutschen Kommunen einen neuen Versicherer auftreiben. Die Neubesicherung ist mit erheblichen Kosten verbunden – im Extremfall 30 Mrd. Euro. Jetzt ist das Geschrei groß! Die defizitäre staatseigene KfW soll als Sicherungsgeber zu Hilfe eilen. Umsonst ist auch das nicht. Die Rechnung wird den Bürgerinnen und Bürgern über höhere Preise für die Wasserversorgung und den Nahverkehr präsentiert. Aus Schaden wird man klug – sollte man meinen: Die Privatisierung öffentlicher Aufgaben hat die Finanzkrise mit verursacht. Der Bundesrechnungshof hat auch den Öffentlich-Privaten Partnerschaften (ÖPP) im Straßenbau ein Armutszeugnis ausgestellt: begrenzte Effizienz- und keine Zeitgewinne, finanzielle Nachteile für den Bund im Vergleich zur traditionellen Beschaffung. Aber die Regierungsfractionen kämpfen unverdrossen für den schlanken Staat. „Faire Wettbewerbsbedingungen für ÖPP“ fordern sie, u. a. durch die Umsatzsteuerrückerstattung für ÖPP auf Kosten der kommunalen Finanzkraft. Zudem soll die Bundeshaushaltsordnung noch in dieser Legislaturperiode geändert werden. Ziel: Privaten bei gleicher Leistung den Vorrang vor öffentlicher Leistungserbringung zu sichern. Die Zeichen der Zeit werden offensichtlich immer noch nicht erkannt.

**Schaden bzw. möglicher Schaden durch CBL- Geschäfte  
in ausgewählten Städten**



Quelle: Handelsblatt, eigene Recherche

\* Mit Bodensee-, Landeswasserversorgung